

Aber nicht mit uns

Eine kleine Stadt in Texas verbannt das Fracking

New York – Von der Schaukel bis zum Fracking sind es genau 163 Meter. Cathy McMullen hat es ausgemessen. In ihrem Städtchen Denton fördert eine Hand voll Unternehmen aus mehr als 270 Bohrlöchern Erdgas, eines liegt direkt neben McMullens Haus, andere sind im Garten der Kirche und auf dem Gelände von Schulen und der zwei Universitäten. Als die Konzerne neben dem Krankenhaus und dem Spielplatz fracken wollten, wurde es der 56-Jährigen zu viel.

„Was mich angetrieben hat war diese Frage: Für wen zur Hölle halten die sich?“, sagte McMullen der Zeitung *The Guardian*. „Wie kann das okay sein, Schwerindustrie ganz in der Nähe von einem Krankenhaus und einem Spielplatz zu erlauben?“ McMullen hat gekämpft und gewonnen. Nach fünf Jahren voller Bürgeranhörungen, Mini-Demonstrationen, Werbetouren von Haus zu Haus, selbstgemalten Plakaten und Gemeindeversammlungen hat sie es durchgesetzt: Das Fracking-Verbot in Denton, das erste in Texas. Jetzt ist es nach einer Volksabstimmung in Kraft getreten. 59 Prozent der Wähler waren auf McMullens Seite.

Die Behörden dürfen seither keine neuen Fracking-Bohrlöcher mehr im Stadtgebiet genehmigen, die bestehenden müssen sie überprüfen. Es ist ein unglaublicher Vorgang in Amerika, dem Geburtsland des

Frackings, in dem die Menschen eigentlich viel weniger gegen die Öl- und Gasförder-technik einzuwenden haben als im protest-freudigen Europa.

Etliche andere Städte in den Vereinigten Staaten schauen auf Denton, neue Bürgergruppen planen ähnliche Initiativen wie McMullens, zum Beispiel in Reno im Bundesstaat Nevada, wo die Einwohner das erste Erdbeben der Stadt im vergangenen Jahr mit Fracking in Verbindung bringen. Das Fracking-Verbot in Denton sei „stellvertretend für den großen Krieg zwischen Menschen, die Fracking stoppen wollen und Menschen, die weiter daran glauben“, sagt Michael Webber vom Energie-Lehrstuhl an der University of Texas in Austin.

Denton ist ein besonders unwahrscheinlicher Ort für eine Bürgerbewegung gegen Fracking. Mit seinen 120 000 Einwohnern liegt er in der Nähe von Dallas in Texas, nirgendwo ist die Öl- und Gasindustrie mächtiger als hier. Der Behörde General Land Office gehören zum Beispiel fünf Millionen Hektar Land und die Förderrechte dort, auch in Denton; sie finanziert mit den Einnahmen öffentliche Schulen. Seit Kurzem ist George P. Bush, Enkel beziehungsweise Neffe von zwei US-Präsidenten, Leiter der Behörde. Texas ist mit Abstand der größte Öl- und Gasproduzent der Vereinigten Staaten, das Auf und Ab der Pumpen ist der Herzschlag des Bundesstaats. Die Industrie schafft Jobs und die Menschen sind seit mehr als einem Jahrhundert an die quietschenden Förderkräne gewöhnt. Allein im Jahr 2012 hat der Öl- und Gasboom 283 Milliarden Dollar zum Bruttoinlandsprodukt der USA beigetragen.

„Was auch immer als nächstes passieren wird, es wird sich in einem Gerichtssaal abspielen.“

Nicht weit von Denton entfernt ist Fracking erfunden worden. Die Stadt liegt über dem Gasfeld Barnett, hier haben Unternehmen wie XTO, das inzwischen zu Exxon-Mobil gehört, die Technik über Jahrzehnte entwickelt, mit der sie ein Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien mit Hochdruck in feste Gesteinsschichten pressen, so dass es das Erdgas aus jeder Pore hinaus drückt. Denton ist außerdem erzkonservativ, bei der Wahl Anfang November haben fast drei Viertel der Wähler für die Republikaner gestimmt. Sie glauben eigentlich an freie Märkte, nicht an Geschäftsverbote.

Aber das Fracking belästigt die Menschen, sagt McMullen, es ist laut und

stinkt, die Stadt ist voll mit Lastwagen, sie haben Angst vor verschmutztem Trinkwasser und vor Erdbeben. Die Altenpflegerin hat sich lange nicht für Politik interessiert, sie hat noch nicht einmal gewählt bis sie über 40 war. Aber sie glaubt daran, dass Menschen ein Recht haben, die Industrie aus ihrer Nachbarschaft herauszuhalten.

Der Industrieverband Texas Oil & Gas Association und Bushs General Land Office haben schon Klagen gegen das Fracking-Verbot eingereicht. Die Prozesse dürften Jahre dauern. „Was auch immer als nächstes passieren wird, es wird sich in einem Gerichtssaal abspielen“, sagt Ed Ireland vom Industrieverband Barnett Shale Energy Education Council. Dentons Stadtverwaltung hat versprochen, sich für den Willen der Bevölkerung einzusetzen.

McMullen feiert ihren Etappensieg. Die Gas-Manager haben sie lange nicht ernst genommen, sagt sie. Das hat sie erst geärgert, dann für sich genutzt. „Ich möchte lieber unter- als überschätzt werden“, sagt sie. Und: „Wenn die Leute denken, dass man keine Herausforderung für sie ist, kann man unter dem Radar fliegen und die Dinge erledigen, die man zu erledigen hat.“

KATHRIN WERNER

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Dienstag, den 09. Dezember 2014, Seite 20